Der Freiherr von Stein

über

Deutsche Einheit und Deutsches Kaiserthum.

Ein Vortrag

von

Dr. Otto Mejer.

Rostock u. Malchin,
Stiller'sche Hofbuchhandlung.
(Hermann Schmidt.)
1871.

Dieser Vortrag ist zum Besten des auf Anlaß des Krieges gegründeten Rostocker Hülfsvereines am 5. December 1870 an demselben Abende zu Rostock gehalten worden, an welchem dahin die Nachricht von dem Antrage des Königs von Bayern beim jetzigen Deutschen Kaiser, daß Er diesen ehrwürdigen Namen wieder aufnehmen möge, gelangte. Der Vortragende kannte sie nicht als er sprach, er würde sonst auf sie Bezug genommen haben, und hat sich daher jetzt zwei geringe Aenderungen beim Abdrucke erlaubt, die eine zu Anfang, die andere am Schlusse. Sonst ist der Vortrag gehalten worden, wie er hier erscheint; und mag zeigen, daß der Gedanke des Königs von Bayern den Wünschen des Volkes bis zum fernen Ostseestrande entgegenkam.

Es giebt in der deutschen Geschichte Männer, auf die wir Deutsche immer wieder zurückkommen müssen, an die zu erinnern niemals unfruchtbar für uns ist. Zu diesen Männern gehört der Freiherr von Stein. Im Augenblicke, wo die fröhliche Kunde von Kaiser und Reich wieder germanische Herzen begeistert, ist es eine Pflicht der Dankbarkeit, seiner zu gedenken.

Nachdem das alte deutsche Reich im August 1806 morsch auseinander gegangen war, haben wir fast in denselben Augusttagen 1866 es verjüngt in neuer Gestalt erstehen sehen: zunächst für Norddeutschland. Jetzt dehnt es sich auch auf den deutschen Süden wieder aus, was ihm an österreichischen Deutschen fehlt durch elsässische und lotharingische so Gott will! ersetzend. Das

ist nicht von heute und gestern, sondern es ist etwas allmälig von lange her Gewordenes. Schon als man 1814 und 1815 den „möglichen Vereinigungspunkt der deutschen Nation" statt in einem neuen Deutschen Reiche nur in dem Durchlauchtigen Deutschen Bunde erblickte, und noch früher als 1814, sind die Ideen erwogen worden, welche wir heute sich vollziehen sehen; es läßt sich in ihnen eine stetige Fortentwickelung nachweisen von damals bis jetzt. Blicken wir vom fast erreichten Ziele auf die Anfänge des Weges zurück, den sie die Jahre daher durchmessen haben, und betrachten wir, wie diese Anfänge im Geiste desjenigen Staatsmannes sich spiegelten, dem deutsche Kraft und deutsche Einheit mehr als allen anderen damals mitarbeitenden am Herzen lag: eines Staatsmannes nicht bloß an Kunde der einschlagenden Verhältnisse vielen überlegen, und in staatsmännischer Erfahrung gereift, sodaß er nicht mit Wünschen und Hoffnungen, sondern bei allem gewaltigen Schwunge seiner Feuerseele doch mit den gegebenen Factoren der wirklichen Welt rech-

nete, sondern auch in seiner deutschen Gesinnung anders gestellt, als seine Mitarbeiter. Nicht ganz wenigen von ihnen kann man deutsche Gesinnung überhaupt nicht zuschreiben. Aber auch die sie besaßen waren erst an zweiter Stelle deutsch: für Humboldt ging Preußen vor, für Wessenberg Oesterreich, für Gagern das Haus Oranien u. s. w. Stein war nicht einer von diesen *auch* deutschen Staatsmännern: er war *der* deutsche, der ganz deutsche und bloß deutsche Staatsmann. Darin lag, es läßt sich nicht leugnen, einerseits eine gewisse Schwäche: für das Negociiren diplomatischer Resultate war eine so ideale, oder abstracte Stellung nicht vortheilhaft. Aber andererseits gab es ihm in deutschen Sachen eine Freiheit des Blickes, wie keiner jener von Sonderinteressen in Anspruch genommenen Staatsmänner sie besaß. Sie kommt uns noch heute zu Gute.

Daß Stein eine solche Stellung zur deutschen Frage hatte, ging zum geringeren Theile aus seiner äußeren Lage in den Jahren 1813 bis 1815, die ihn keinem deutschen Einzelstaate dienst-

lich verpflichtete, zum größeren Theile ging es aus derjenigen Entwickelung hervor, durch die er in jene Lage erst gekommen war. Es ist ein Theil seines persönlichen Lebens, seines eigensten Wesens. Seine deutschen Verfassungsgedanken sind ein Stück von ihm selbst, sie lassen sich kaum anders als biographisch eingerahmt fassen.

Er war nicht mehr jung, als er in Deutschland berühmt wurde.

Seit er, der fränkische freie Reichsritter, nachdem er in Göttingen studirt, in Wetzlar und Wien die Reichsgerichte kennen gelernt, und sonst Deutschland gesehen hatte, im Jahre 1780 im Berliner Bergwerksdepartement, vier Jahre später in Westphalen angestellt worden war, hatte er sich im preußischen Dienste zwar ausgezeichnet: als Director der Bergämter von Wetter, als Kammerdirector in Hamm, Regierungspräsident zu Cleve, als Mindener Oberpräsident, seit Ende 1804 als Departementsminister für Accise-, Zoll-, Salz-, Fabrik-, Manufactur- und Commerzsachen, für Bank und Seehandlung in Berlin. Er hatte

als strenger, aber wohlwollender Oberer die dankbare Anhänglichkeit seiner Untergebenen, als gewissenhafter, thätiger, kluger, als selbständiger, aber zuverlässiger Diener das Vertrauen seines Königs, als Mann von hoher Bildung, von gesundem Blick, von edelm Streben die Anerkennung weiter Kreise gefunden. Aber ähnlich tüchtige Männer und vorzügliche Beamte gab es auch sonst: Stein war fünfzig Jahre alt geworden, ohne sich von ihnen zu unterscheiden. Anders als auf sie begann man auf ihn zu blicken, erst nachdem er Anfangs 1807 seinen Abschied genommen hatte.

Er war noch kein volles Jahr Minister gewesen, als Preußen dem russisch-englisch-österreichischen Bündnisse gegen Napoleon beitrat, und durch Haugwitz jene unglücklichen Verhandlungen mit Napoleon einleitete, die erst zum Schönbrunner Tractate, dann zu dem noch schmählicheren Pariser Vertrage vom Februar 1806 führten, durch welchen es dem Banne erniedrigender Abhängigkeit von Napoleon, dem die süddeutschen

Regierungen sich ergeben hatten, gleichfalls verfallen schien. Ohne über die Gefahr, in der man schwebte, sich zu täuschen, empfand Stein mit heftigem Unwillen den Schimpf der Lage. Napoleon hatte seine Heere noch vom österreichischen Kriege her in Süddeutschland stehen, zersprengte durch den Rheinbund im Sommer 1806 das Reich, und amüsirte, während er Theile preußischen Gebietes schon an England und Rußland anbot, den Berliner Hof mit norddeutschen Bundesplänen. Der König sah nicht, oder wollte nicht sehen. Das Ministerium — Generaldirectorium, wie es damals hieß, — hätte ihm die Nothwendigkeit klar machen müssen, sich zu ermannen. Aber der König sah die Minister nicht. Friedrich der Große hatte eingeführt, nur schriftlich mit ihnen zu verhandeln, und die Expedienten, welche er dabei verwendete, waren unter seinem Nachfolger Referenten geworden, durch deren Darstellung der König bestimmt wurde. Auch unter Friedrich Wilhelm III. war das so geblieben, und von den drei Mitgliedern des nunmehrigen

„Cabinets" waren der Cabinetsminister Graf Haugwitz und der Cabinetsrath Lombard in französischer Hand, der Cabinetsrath Beyme von ihnen abhängig. Solange diese Personen blieben, ja solange die Einrichtung bestand, war nicht zu helfen. Stein machte mit den besten Männern zusammen dem Könige wiederholte Vorstellung deswegen. Der König nahm es übel, weiter Nichts. Die Schlacht von Jena und der Zusammenbruch Preußens folgte; und als dann Daru in Berlin die bisherigen Behörden bis auf Weiteres in napoleonische Pflicht nahm, leisteten ihm sieben preußische Minister ohne ihres Königs Erlaubniß den Treueid.

Stein hatte statt dessen durch schnellen Entschluß die Geldvorräthe seines Departements gerettet, war nach Danzig gegangen, und schloß sich nun dem Könige an, bereit, was auch kommen möge, bei ihm zu bleiben. Dagegen lehnte er ab, Minister des Auswärtigen zu werden, als endlich Haugwitz „sich wegen Kränklichkeit zurückzog": er verstehe nicht die Geschäfte dieses De-

partements, sagte er, und empfahl statt seiner den damals nicht gnädig angesehenen frühern Minister für Franken Hardenberg. Ebenso wollte er eine in Königsberg verfügte Scheinaufhebung des Cabinets, bei welcher der König unter den alten Einflüssen doch geblieben wäre, nicht als genügend anerkennen. Ein hiermit zusammenhängender untergeordneter Anstoß brachte des Königs Ungeduld zum Ausbruch: er schrieb am 3. Januar 1807 „auf gut deutsch", wie er sich ausdrückt, an Stein seine Meinung. Er habe ein Vorurtheil wider ihn zu überwinden gehabt, als er ihm das Ministerium gegeben habe; allein sich bald überzeugt, „daß Ihre Departementsführung musterhaft war." Nun aber zeige sich jenes Vorurtheil, unter Anderem durch Steins Einmischung in die Cabinetsfrage, doch gerechtfertigt; und der König erkenne, wie Stein „als ein widerspänstiger, hartnäckiger und ungehorsamer Staatsdiener anzusehen" sei, „der auf sein Genie und seine Talente pochend, weit entfernt das Beste des Staats vor Augen zu haben,

nur durch Caprice geleitet aus Leidenschaft und aus persönlichem Haß und Erbitterung handelt." Wolle er nicht sein „respectwidriges und unanständiges" Betragen ändern, so könne der Staat auf seine ferneren Dienste nicht zählen. Stein nahm augenblicklich und erhielt seinen Abschied. Er zog sich auf seine Familiengüter nach Nassau zurück, und sah von dort mit Kummer den Ereignissen zu, durch welche Preußen zu Abtretung seines gesammten linkselbischen Gebietes und zur Uebernahme von Lasten gedrängt wurde, unter denen es vollends erliegen zu müssen schien. Die Nachricht vom Tilsiter Frieden warf ihn aufs Krankenlager.

Hier erhielt er die Aufforderung des Königs zurückzukehren: daß er allein der Mann sei, dem untergehenden Lande noch zu helfen, war erkannt. „Eurer Königlichen Majestät allerhöchste Befehle wegen des Wiederantritts in Dero Ministerium der Einländischen Angelegenheiten" antwortet er — seiner Frau dictirend, denn er war noch zu krank, um schreiben zu können, — „sind mir

durch ein Schreiben des Cabinetsministers Hardenberg d. d. Memel 10. Julius am 9. August zugekommen. Ich befolge sie unbedingt, und überlasse Ew. K. Majestät die Bestimmung jedes Verhältnisses, es beziehe sich auf Geschäfte oder Personen". Der Gedanke des übernommenen Berufes wirkte wie ein Heilmittel. Anfang Octobers konnte Stein in Memel die vom Könige ihm übertragene oberste Leitung aller Civilangelegenheiten des Staates übernehmen.

Dies zweite Ministerium dauerte wenig über ein Jahr. Im October 1808 erbat Stein von Neuem seine Entlassung, und erhielt sie im November.

Dasmal nicht wegen Uneinigkeit mit dem Könige. „Es ist ein höchst schmerzliches Gefühl für mich", schrieb ihm vielmehr dieser, „einem Manne Ihrer Art entsagen zu müssen, der die gerechtesten Ansprüche auf mein Vertrauen besaß, und der zugleich das Vertrauen der Nation so lebhaft für sich hatte. Auf jeden Fall müssen Ihnen diese Betrachtungen, sowie das Bewußt-

sein, den ersten Grund zu einer erneuten, besseren und kräftigeren Organisation des in Trümmern liegenden Staatsgebäudes gelegt zu haben, die größte und zugleich edelste Genugthuung und Beruhigung gewähren". Die Entlassungsurkunde ist in den ehrenvollsten Ausdrücken gefaßt. — Was Stein in dem einen Jahre für Preußen gethan hat, darüber genügen diese königlichen Worte, denen ähnliche aus den Kreisen der Regierten in Fülle hinzugefügt werden könnten: es wird in Preußen unvergessen sein. Das Einzelne hat er in seinem Abschiedsschreiben an die ihm unterstellten höheren Beamten, seinem als es später bekannt wurde sogenannten politischen Testamente, kurz zusammengefaßt. Die Zeiten sind vorüber, wo über die Berechtigung seiner Maßnahmen gestritten wurde: einerlei ob in jedem Einzelpunkte die richtige Grenze sei es erreicht, sei es eingehalten worden ist, daß Stein Recht hatte, hat der Erfolg bewiesen.

Und daß er auch noch andere als seine preußischen Erfolge erreichte, darüber sollte ihm jetzt

von einer Seite ein Zeugniß ausgestellt werden, von welcher es so nicht erwartet war. Die durch Stein vom Staatsruder verdrängte französische Partei, verstärkt durch Gegner seiner neuen Einrichtungen, hatte während seines zweiten Ministeriums nicht geruht. Ein im Sommer 1808 an den damals in Doberan sich aufhaltenden Minister Fürsten Wittgenstein gerichteter Brief, in welchem er sich über die politische Lage, über Das, was von Napoleon zunächst zu erwarten, über Das was gegen ihn zu hoffen sei, als offner Widersacher des französischen Kaisers ausgesprochen hatte, wurde — wie es scheint, durch Verrath von jener Seite — dem Träger zu Spandau abgenommen, im Moniteur und in den französisch gesinnten Berliner Zeitungen veröffentlicht, und diese Thatsache, sammt der Art, wie sie von der französischen Partei benutzt worden war, hatte entschieden, daß, da es für den König gefährlich schien, einen so ausgesprochen antifranzösischen Minister zu haben, Stein entlassen wurde. Er hatte sich dann von Königsberg nach Berlin, wo

seine Familie war, gewendet, und beabsichtigte mit dieser nach Schlesien zu gehen und den Gang der Dinge dort abzuwarten. Denn man stand am Anfange des Jahres 1809, und Stein hatte allen Grund, die großen Erwartungen zu theilen, mit denen von den Vaterlandsfreunden das Jahr begrüßt ward. Es war bekannt geworden, wie sehr Napoleons Macht und Aufmerksamkeit durch den Krieg in Spanien in Anspruch genommen wurde; eben waren die französischen Besatzungstruppen von Berlin endlich weggezogen worden, um dorthin zu gehen. In Süddeutschland bereitete der österreichische Krieg jenes Jahres, in Norddeutschland die Bewegung sich vor, welche später in Schills, Dörnbergs und des Herzogs von Braunschweig Unternehmungen unvollkommen herausbrach. Am Neujahrstage hatte Stein mit den Seinigen eine Predigt von Schleiermacher über Das, was der Mensch fürchten und was er nicht fürchten solle gelesen, da traf in den ersten Tagen des Januar die Nachricht ein, zu der ihm dies nachher als die richtige Vorbereitung vor-

kam: durch ein aus Madrid von Napoleon erlassenes kaiserliches Decret war „der Namens Stein, welcher in Deutschland Unruhen zu erregen sucht, zum Feinde Frankreichs und des Rheinbundes erklärt.“ Seine Güter sollen mit Beschlag belegt, er selbst „überall, wo der durch Unsere oder Unserer Verbündeten Truppen erreicht werden kann, persönlich zur Haft gebracht werden.“ Diese in ihrer Einzigkeit merkwürdige Achtserklärung wurde in allen Frankreich gehorchenden Theilen Deutschlands gleichzeitig angeschlagen, und dadurch Tausenden von Menschen, die bis dahin nicht seinen Namen kannten, Stein als Der bezeichnet, vor dem Napoleon sich fürchte, auf den Napoleons Gegner vertrauen können.

Schon vorher war von seinen preußischen Freunden das Wort ausgegangen, Stein sei des Rechtes Grundstein, des Unrechtes Eckstein, der Deutschen Edelstein. Jetzt wurde dies Wort ein Gemeingut alles deutsch gesinnten Volkes.

Fügen wir hinzu, daß dies allgemeine deutsche Vertrauen auf Stein kein vorübergehendes

war, sondern daß es eine Reihe von Jahren unvermindert angehalten hat, in einer Zeit, wo Dergleichen zu gewinnen und zu erhalten viel schwerer war, als heute, so liegt auf der Hand, so große Wirkungen können nur große Ursachen haben; und die Frage nach diesen Ursachen tritt in den Vordergrund. Es klingt matt, wenn man darauf antwortet: Stein war ein deutscher Charakter. Und doch enthalten die zwei Worte, jedes in der vollen Energie seines Sinnes genommen, die Antwort wirklich. Es sei gestattet, dies nach einigen Seiten zu illustriren.

Was man in so voller Bedeutung einen Charakter nennt, das ist der Mensch nicht ohne Einseitigkeit. Stein war 1757 geboren, und erhielt die Erziehung des damaligen jungen Adels; seine erste höhere Bildung also in einer von den Anschauungen Voltaires und der Encyklopädisten beherrschten Zeit. Er kannte auch die französische Literatur, besaß die französische Sprache: aber es ist weder in seinem Alter, noch in seiner Jugend eine Spur davon, daß er sich je unter der Herr-

schaft französischer Gedanken bewegt hätte. Er war Student, als Werther und Siegwart erschienen, und es unter der höherstrebenden deutschen Jugend für unumgängliches Zubehör edlerer Gesinnung galt, mit Sturm und Drang zu leben, und „sein Herz zu halten, wie ein verzogenes Kind": in keiner der Jugendäußerungen Steins klingt auch nur ein Ton dieser Art, in der seine Freunde sich zeitweise verloren; er hatte keinen Tropfen Sentimentalität in sich. Er war vierundzwanzigjährig als Kants Kritik der reinen Vernunft erschien, und die geistige Strömung in Deutschland sich allgemein der Philosophie zuwendete, hoffend die allein untrügliche Wahrheit über Gott und die Welt auf diesem Wege zu finden. Steins Universitätsfreund Rehberg gehörte zu den eifrigsten Kantianern. Der auch in solchen Dingen sonst nicht unbewanderte Stein nahm an diesen Bestrebungen nicht Antheil. Die Kantische und auch noch die Fichtesche Staatsphilosophie schienen ihm durch ihren Kosmopolitismus verderblich, er sagt einmal, daß durch die

Kantianer geradezu Napoleon vorgearbeitet worden sei; und was doch Gutes an jener Philosophie sein mochte, ließ er ununtersucht. Er empfand, daß zu den Arbeiten der speculirenden Vernunft, wie zu Schöpfungen und Genüssen, die dem Phantasiegebiete angehören, ihm die innere Verwandtschaft fehle; nicht ohne Schroffheit lehnte er dergleichen ab. Schleiermacher nannte er gegen Eichhorn einen Sophisten, dem er nicht begegnen möge. Von Göthes Faust hatte er 1808 noch keine Notiz genommen. – Er wußte sich mit seiner ganzen Natur auf das Gebiet des Wollens und Handelns gewiesen, auf das Gebiet des Geschehenden, der Geschichte, und deren Principien, der Ethik, der Politik. Es ist bezeichnend, daß Herder der deutsche Philosoph ist, mit dem er sich beschäftigte: die Ideen zur Geschichte der Menschheit zogen ihn an, die ethische Betrachtung der Geschichte begeisterte ihn.

Daß das öffentliche Leben der Völker unter dem Sittengesetz, daß Geschichte und Politik also unter den Principien der Ethik stehe, war im

vorigen Jahrhundert weder Doctrin noch Praxis. Zwar beruhte die Verfassung des deutschen Reiches ursprünglich auf einer solchen Idee; denn Gott verantwortlich sollten Kaiser und Fürsten an Gottes Statt des Rechtes walten und die Kirche schützen; und auch die Reformatoren hatten ähnlich gelehrt. Aber diese theologische Politik war vergessen, und eine ethisch-nationale noch nicht an die Stelle getreten. Daß nicht ganz Deutschland protestantisch geworden war, verhinderte im Volke je mehr und mehr das Gefühl des nationalen Zusammengehörens. Anfangs wachte es wenigstens dann noch auf, wenn es galt, die Türken oder die Franzosen bekriegen; später hörte auch das auf, und das Bewußtsein, daß das deutsche Volk als Einheit Aufgaben habe, ging verloren. Damit aber verschwanden dem Reiche zum großen Theile die Grundlagen seiner Staatsexistenz. Gewiß kann der Staat nicht ohne Aufrechthalten der Rechtsordnung bestehen: so wenig der Einzelne ohne Aufrechthaltung der harmonischen Coexistenz seiner Theile bestehen

kann. Aber wie der Einzelne nicht existirt um zu bestehen, sondern um seinen sittlichen Beruf zu erfüllen, so hat auch das in Staatsform lebende Volk seinen Beruf, und es versäumt seine Schuldigkeit, wenn es dessen in der Geschichte zu erfüllende gottgegebene Aufgaben hintansetzt. So that das deutsche Volk der Reichszeit, als es sich genügen ließ an Erhaltung von Sicherheit und Frieden im Inneren. Reichsverfassung und Landesverfassungen degenerirten zu einem Nebeneinander und Gegeneinander richterlich geschützter und egoistisch ausgenutzter Befugnisse; und auch die zahlreichen Landesobrigkeiten der späteren Reichszeit dachten oft mehr an ihr Interesse, als an ihre Pflicht. Dahin verstanden sie die aus Ludwigs des Vierzehnten Staatswesen importirten Ideen, und vergaßen, daß öffentliche Rechte nur Mittel bedeuten, die zu Erfüllung staatlicher Pflichten gegeben sind. So konnte es geschehen, daß die Vertragstheorie, nach welcher der Staat überhaupt Nichts als eine Vereinbarung für Privatzwecke sein soll, ein entsprechender Ausdruck

der öffentlichen Gesinnung, oder richtiger Gesinnungslosigkeit wurde. Seit dem Westphälischen Frieden schritt dieser Verfall unaufhaltsam fort: zu Ende vorigen Jahrhunderts hatten alle oder doch alle größeren deutschen Fürsten von den österreichischen Kaisern des Reiches gelernt, dies Reich als eine Verbindung zu betrachten, deren man sich erinnerte, wenn sie nützlich war. Man nannte sie auch vielfach nicht mehr Reich, sondern bloß noch „Conföderation", Bund.

Weniger als andere Fürsten hatte an dieser Staatsverderbniß zu seiner Zeit Friedrich Wilhelm I. König von Preußen theilgehabt. Er regierte nicht ideal, aber als ein schlichter Mann, der in einem verantwortlichen Amte in der Furcht Gottes dient; und wenn sein größerer Sohn, der das in anderen und deutscher Art zuweilen sich entfremdenden Formen doch um Nichts weniger fortsetzte, sich einmal den „ersten Staatsdiener" genannt hat, so war der Gedanke in Preußen nicht neu. Wie aber der Herr, so seine Beamten: sie wurden in ihrem Amte nicht zu herrschen und

zu genießen, sondern zu dienen gewöhnt. In das preußische Staatswesen kam eine ethische Zusammengenommenheit, eine nüchtern-gesunde Tüchtigkeit, wie sie in Deutschland damals nicht viel gefunden wurden; und Preußen erhielt dadurch eine Bedeutung weit über seine Grenzen hinaus.

Eben durch sie war Stein in den preußischen Dienst gezogen worden. Er hielt es von Haus aus als einen sittlichen Grundsatz fest, daß auch der der Arbeit um das tägliche Brod überhobene Mann schuldig sei, zu dienen. Früh als der ordentlichste Wirth unter seinen Brüdern zum Erben der väterlichen Besitzungen und Stammhalter der Familie erlesen, hätte er sich doch niemals einfallen lassen, sich auf seine Güter zu setzen, und sich mit deren Genuß zu beschäftigen. Er hatte zuerst an die Laufbahn des Reichsrichters gedacht. Nachdem er aber die Reichsgerichte genug kennen gelernt hatte, entschloß er sich, Verwaltungsbeamter zu werden: was vielleicht mit Eindrücken seines Göttinger Aufenthalts zusammenhängt, seinen tiefern Grund aber gewiß darin

hatte, daß seiner auf das Schaffen gerichteten Natur die mit Gründen und Gegengründen still rechnende Thätigkeit des Richters nicht zusagte. Als Glied jenes Kreises reichsritterlicher Gutsherren, die keinem Landesverbande angehörig unmittelbar unter Kaiser und Reich standen und zu Oesterreich, als dem seit langer Zeit das Kaiserthum besitzenden Hause, ein traditionelles engeres Verhältniß bewahrten, wäre er, wenn er dienen wollte, dahin gewiesen gewesen: was auch der Wunsch seiner Eltern war. Er aber ging, nicht ohne vorher Wien zu kennen, vielmehr in preußischen Dienst. Die Zucht des preußischen Staats entsprach seiner sittlich-politischen Gesinnung: ihrem charaktervollen Ernste fühlte er sich verwandt. Und nachdem er in Preußen unter dem Minister Heinitz, der als Sachkundiger das Berg- und Hüttendepartement leitete, angestellt war, widmete er sich dem Bergwesen praktisch arbeitend und die nöthigen theoretischen Kenntnisse zu Berlin, Freiberg, am Oberharz und sonst erlernend so ernstlich, daß, als er vier Jahre später nach

Wetter kam, er sich bereits den Ruf eines ausgezeichneten Bergwerkskundigen erworben hatte. Erst nachdem er in dem einen Verwaltungszweige völlig fest war, betrieb er dann auch umfassende Studien über Industrie, Handel, Verkehr u. s. w. lesend und sehend, z. B. auf einer zu dem Zwecke unternommenen längeren Reise in England. Mit welcher Hingebung er seinen Dienst verwaltete, ist schon berührt worden.

Von seinem Privatleben zu reden, führt hier zu weit: auch seine bittersten Feinde haben nicht vermocht, es zu beschelten. Er war ein frommer und zwar ein christlich frommer Mann. Nur seine Heftigkeit, das gewaltsame, rücksichtslose Herausfahren, welches seine Freunde beschönigend den Löwen in ihm nannten, hat er erst in ganz späten Jahren zu bezähmen vermocht. Er war ein aufrichtiger, keinerlei Menschenfurcht kennender, ganzer Mann, ein Charakter.

Und ein deutscher Charakter.

Wie deutsch-volksmäßig und voller Verständniß des deutschen Volkes er war, darf hier nicht

wiederholt werden; es ist unübertrefflich geschildert worden von dem gleichfalls echt deutschen und deshalb seinen Minister so gut verstehenden Arndt. Es seien wieder nur einzelne Seiten hervorgehoben. Zuerst Steins unbedingter Widerwille gegen die französische Politik und ihren damaligen Träger Napoleon. Einen größeren Gegensatz als zwischen ihr und Steins Staatsansichten kann es nicht geben. Hier als die obersten Grundsätze Gottesfurcht, Sittlichkeit, Redlichkeit, Recht; dort dagegen Zweckmäßigkeit, Klugheit, besser Schlauheit, Unredlichkeit, Gewalt. In Napoleon sah Stein schon früh den „gefährlichsten Mann des Jahrhunderts"; und es würde eine nicht uninteressante Aufgabe sein, die Reihe der immer wechselnden Zornworte zu sammeln, die er für ihn hat. Den Druck, der damals auf Deutschland lag, haben heutzutage nur noch wenige alte Leute in Erinnerung; was jetzt Frankreich leidet, ist ein Kinderspiel dagegen: denn zu der schweren Noth der Zeit kam die höhnende Mißhandlung; und je länger es währte, desto höher stieg wie

bei den Einen die Niedergeschlagenheit, so bei den Anderen Entrüstung und Grimm. Steins vaterländisches Herz faßte von diesen Gefühlen so viel die Brust eines deutschen Mannes zu fassen vermag. Die Energie des sittlichen Unwillens und der nationalen Indignation zeigte sich in ihm verkörpert; und so war es natürlich, daß wenn die gegen den französischen Feind sich erhebenden Stimmungen und Kräfte einander suchten, wenn die norddeutschen unter ihnen als auf die einzig noch mögliche Rettung auf Preußen blickten, ein Mann so patriotisch wie Stein, von solchen Verbindungen, an solcher Stelle, so unzweifelhaft uneigennützig, unbefleckt von jedem Scheine napoleonischer Gunst, zuverlässig, klug, offen, von dem man wußte, er war auch der Mann der That, sobald es dazu Zeit sei, — daß dieser Mann der Mittelpunkt wurde, auf welchen Alles, was gleiche Gesinnung hatte, sah.

Und nicht bloß Frankreich, auch Preußen gegenüber war er deutsch. Er hielt dafür, „deutsche Veredelung und Cultur" sei „fest und unzertrenn-

lich an das Glück der preußischen Monarchie gekettet"; als er mehrere Jahre vor seinem ersten preußischen Ministerium in Hannover Minister werden sollte, lehnte er mit der Aeußerung ab, daß seine Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer Vereinigung der zerstreuten und zerstückelten Kräfte Deutschlands sich mit den Pflichten — er meint die in dem Gegensatze wider Preußen wurzelnden Pflichten —, die er sich als hannoverischer Minister aufzulegen haben würde, nicht vertrage. Aehnliches über Preußen hat er oft gesagt. Aber wenn er in ihm die deutsche Macht sah, so konnte er selbstverständlich nicht mit Denen stimmen, welche meinten, es könne durch Hingabe an Frankreich erhalten werden. Ob Preußen als Preußen und für Die, welche es zu regieren ein Interesse hatten, erhalten bleibe, das war ihm nur unter der Bedingung wichtig, daß es als deutscher Hort erhalten blieb. — Und wenn ein Gegner, so war Stein kein halber: mit jener französischen Partei in Preußen konnte er nicht Minister sein. Sie oder er: so schied er zu Anfang

1807 aus dem Ministerium, so kam er im October wieder, so mußte er im November 1808 dieser Partei von Neuem weichen. Den deutsch Gesinnten wurde er dadurch nur um so ehrwürdiger und lieber.

In Preußen war er nach seiner Aechtung, obwohl es nicht zum Rheinbunde gehörte, nicht sicher. Er mußte eilig und geheim durch Schlesien nach Oesterreich fliehen, und lebte die nächsten drei Jahre in Zurückgezogenheit zu Brünn und zeitweilig zu Prag. Allerdings nicht ohne fortdauernde Verbindung mit denjenigen preußischen Staatsmännern, von denen er schmerzlich vermißt ward.

Neben Beantwortung ihrer Anfragen und neben anderen Arbeiten der Art beschäftigte er sich mit staatswissenschaftlichen und historischen Studien, und schrieb Manches dadurch Angeregte auf. Unter diesen Aufzeichnungen ist auch eine über die deutsche Verfassung.

Als in den letzten Jahren des alten deut=

schen Reiches Das Niemandem mehr zweifelhaft sein konnte, daß es mit ihm zu Ende sei, ist zuerst im deutschen Staatsrechte von der Mainlinie die Rede; indem Preußen, als es 1795 zu Basel mit Frankreich Frieden schloß, denselben für das ganze nördlich jener Linie gelegene Deutschland — Preußen besaß noch die fränkischen Fürstenthümer — pactirte, und in der Art, wie das geschah, eine Art Protectorat über Norddeutschland in die Hand nahm. Diesem Verhältnisse versuchte es, nachdem 1806 das Reich zerfallen war, bestimmtere Gestalt zu geben. In dem Sturme nach der Jenaer Schlacht verweheten aber Pläne solcher Art, und seit dem Tilsiter Frieden bestand Deutschland aus drei von einander unabhängigen Massen: dem auf seine rechtselbischen Lande beschränkten Preußen, dem seiner belgischen und schwäbischen Besitzungen, sowie Tyrols beraubten Oesterreich, und dem Rheinbundsterritorium, dessen ehedem so zahlreiche Gebiete auf weniger als den zehnten Theil ihrer alten Anzahl zusammengeschmolzen waren,

und unter dem Protectorate Napoleons standen, welches von diesem gelegentlich in officiellen Actenstücken als Suzerainetät bezeichnet, vollständig aber als solche verwerthet ward.

Wenn nun Stein im Jahre 1809, zu einer Zeit, wo man Hoffnungen eines schnelleren Umschwunges hegte, als er später erfolgt ist, Gedanken über die Gestalt der künftigen deutschen Verfassung aufschrieb, so war ihm zuerst das sicher: auch wenn man glücklichen Falles zum Reiche zurückkehre, könne es nicht das alte Reich sein.

Er gedenkt der historischen Gründe, durch welche die deutsche kaiserliche Monarchie gesunken und Deutschland seit dem Westphälischen Frieden „in viele kleine ohnmächtige Staaten" aufgelöst sei. Dies habe „dem Charakter der Nation das Gefühl der Würde und Selbständigkeit genommen, das bei großen Völkern Macht und Unabhängigkeit erzeugt," u. s. w. „Das Wohlthätige der Verwaltung kleiner Staaten, die genauere Rücksicht auf örtliche und persönliche Verhältnisse, als in großen Staaten anwendbar ist", sei zwar

nicht zu verkennen, sei aber durch zweckmäßig bemessene Selbstverwaltung auch im großen Staate erreichbar. „Wollte man einen Bund kleinerer Fürstenthümer beibehalten", sagt er, indem er mit diesen Worten die Reconstruction des Reiches bezeichnen will, „so müßte ihnen doch die Theilnahme an der Leitung der äußeren Verhältnisse, des öffentlichen Einkommens und der Vertheidigungsanstalten entzogen werden. Sie würden nur die übrigen Verwaltungszweige behalten, und diese nach den Beschlüssen des Reichstages", der ihnen, wie in der Reichszeit, verbindliche Gesetze geben soll, „oder nach Selbstbestimmung ausüben". Der Minorität soll kein Mittel belassen werden, sich den Beschlüssen der Mehrheit zu entziehen. Dieselben Ideen äußern sich in einem Briefe an Graf Münster von 1811, in welchem Stein berührt, wie der Unwille der Deutschen über den nicht zu ertragenden französischen Druck sich auch wider deutsche Fürsten wende, die sich ihm entweder fliehend entzogen, oder kriechend gefügt haben. „Daher entsteht der allgemeine Wunsch",

fährt er fort, „nach einer Verfassung auf Einheit, Kraft, Nationalität gegründet. Jeder große Mann der sie herzustellen fähig wäre, würde der Nation willkommen sein...... Was soll aber die Stelle des Alten ersetzen?.... Gesetzt der alte deutsche Staatenbund unter Einem gemeinschaftlichen Oberhaupte würde hergestellt, soll es auf den Basen des Westphälischen Friedens geschehen, eines Gesetzes, das" man „Deutschland aufdrang, um das Band, das es umschlang, zu lösen, und der Zwietracht und der Selbstsucht freies Spiel zu lassen? Muß das Bundesverhältniß nicht fester geschlossen werden? —"

Also Herstellung des Reiches unter dem Kaiser, Herstellung Einer Reichsgesetzgebung mit unmittelbarer Verbindlichkeit für alle Reichslande, — die Leitung der äußeren Verhältnisse, des öffentlichen Einkommens, der Vertheidigungsanstalten den Landesgewalten entzogen und der Reichsgewalt reservirt: das waren schon drei Jahre nach Untergang des alten Reichskörpers Steins ausgesprochene deutsche Verfassungspläne.

Wie er sie ausspricht, scheinen sie eine hingeworfene Idee. Aber sie sind vielmehr das aus Haupt und Herz des deutschen Staatsmannes gestaltet hervortretende Programm für eine Entwickelungsreihe, die bis in unsere Tage reicht.

Oesterreich war nach seiner edeln Erhebung von 1809 um so tiefer gesunken. Es erniedrigte sich, durch Metternich sich um Napoleons Hand für eine kaiserliche Prinzessin zu bemühen; und im Kriege gegen Rußland wählte es freiwillig, statt der ihm angebotenen Neutralität, ein Bündniß mit Napoleon, das auf Antheil an der Beute Aussicht gab. Anders als das in diesen Krieg hineingezwungene Preußen.

Stein war über die Lage, welche für jede Thätigkeit in seinem Sinne ihm die Hände zu binden schien, in Verzweiflung, als er (Mai 1812) einen ihn nach Rußland berufenden Brief des Kaisers Alexander erhielt. Alexander hatte Stein im Jahre 1805 kennen gelernt, ihn schon 1807 in seinen Dienst ziehen wollen, dies dann aufgeben müssen, so lange er Napoleons Freund

war. Als er erkannte, daß der Krieg mit Frankreich nicht zu vermeiden sei, hatte er keinen in dessen politischen Aufgaben zugleich zuverlässigen und brauchbaren Mann um sich. Er berief aber in Stein jetzt nicht bloß diesen Mann, sondern den kundigen und offenkundigen antinapoleonischen Parteiführer, mit dem er in Deutschland einen Schatz von Vertrauen, eine Menge von Verbindungen erwarb, eine geistige und nicht bloß geistige Hülfsmacht von großer Bedeutung. Während seines zweiten Ministeriums hatte Stein — unterdeß Scharnhorst neben ihm die militärischen Einrichtungen traf, die dem anscheinend vernichteten Preußen eine Armee schufen, — in seiner Hand eine Menge von Fäden des Verständnisses mit zuverlässigen Männern gesammelt, welche, Nachrichten und Aufträge vermittelnd, bestimmt waren zu dienen, wenn das Jahr 1809 auch für Norddeutschland den erwarteten Krieg bringen würde: denn alle und jede brauchbaren Kräfte zum Kampfe wider den Unterdrücker zusammenzufassen, war Steins eigenste Intention. Seine

Achtung und was darauf folgte hatte diese Zusammenhänge, da sie zum überwiegenden Theile Vertrauenssache waren, wenig gelockert, vielmehr Steins geistige Macht erhöh't; und Alexander wußte sehr wohl was er that, als er ihn zu sich rief. Wiederum wußte Stein was er that, als er alle Anstellung im russischen Staatsdienste ablehnte — es wurden ihm zwei Ministerien zur Auswahl angeboten —, und sich lediglich zur Verfügung stellte zu jedem geeigneten Dienste im Kriege gegen Napoleon, namentlich so oft die Frage Deutschland angehe. Im Junius 1812 trat er diesen Dienst an: eine Reihe von Denkschriften bezeichnet den Antritt.

Etwa um dieselbe Zeit hatte Napoleon die russische Grenze überschritten, und Alexanders Hauptquartier begonnen sich zurückzuziehen. Stein folgte dem Kaiser, der das Heer verließ, über Moskau nach Petersburg, und blieb dort bis gegen Ende des Jahres. Er hatte vor dem Brande von Moskau und zunächst nach dem Brande harte Kämpfe mit der russischen Friedens-

partei, an deren Spitze Alexanders Mutter und sein Bruder Constantin standen: es ist die Zeit, von der Arndt erzählt, „er ward heller und blitzender, je dunkler das Gewölk der Gefahr sich zu thürmen schien". Und er war es nicht am wenigsten, dem zuzuschreiben ist, daß Napoleons bestimmte Erwartung, Alexander werde einen ihm dictirten Frieden eingehen, getäuscht ward. Napoleon kannte Alexanders Weichheit; aber diesmal hatte der Czar sich eine kräftiger geartete Stütze gewonnen, die ihm Halt gab. Als erst der Rückzug von Moskau begonnen hatte, war für jetzt auch die Friedenspartei gewonnen.

Stein wie Alexander faßten den Krieg schon zu seinem Anfange als einen nicht bloß russischen. Stein wünschte in Napoleons Rücken mittels einer Landung der Schweden und Engländer einen Volkskrieg zu erregen, welcher die deutsche Nation schon zur Verbündeten Rußlands gemacht hätte, als der größere Theil ihrer Fürsten noch zu Napoleon stand. Als Glieder des Vol-

kes hielt er die Fürsten für verpflichtet, in solchem Falle sich zu fügen.

Daneben brachte er Alexander gegenüber zur Sprache, wie sein Ziel, ein starkes, gegen Frankreich widerstandsfähiges Deutschland, für Rußland wichtig sei. Er erörtert von hier aus schon im September 1812 auch die für einen solchen Zweck ins Auge zu fassende künftige deutsche Verfassung. Gelang es, Napoleon niederzuschlagen, so theilte der Rheinbund sein Geschick: die Bundesvasallen Napoleons hatten dann nicht grösseres Recht, als ihr Protector: ihr Land wurde erobert und verfügbar. Aber wenn man Englands Hülfe gegen Frankreich wollte, so durfte man nicht auch über das ehemalige Hannover verfügen wollen; manche Rheinbundfürsten waren durch Zusammenhang mit dem russischen Kaiserhause geschützt, folgten Napoleon auch widerwillig: es war mit Sicherheit zu vermuthen, Rußland werde sie nicht fallen lassen. Stein befürwortet in Uebereinstimmung mit seinen Anschauungen von 1809 und 1811, daß ihnen wenigstens nicht

volle Souverainetät belassen werden dürfe; sonst werde Deutschlands Schwäche die Folge sein. — Anders als mit dem Rheinbunde fand man sich mit Oesterreich und Preußen gestellt. Mit beiden war vor dem Kriege verhandelt worden; Preußens konnte man, wenn es sich erst wieder selbständig entscheiden werde, gewiß sein; von Oesterreich war sicher Neutralität, hoffentlich gleichfalls Beistand zu erwarten; beide Mächte mußten gleichmäßig als in Deutschland fortbestehende gefaßt werden. Da nun in solchem Falle eine der anderen nicht unterzuordnen war, so meinte Stein: im Interesse der Stärke Deutschlands müsse für jetzt auf dessen Einheit verzichtet, und der Gedanke ins Auge gefaßt werden, ein Königreich Süddeutschland bis an Maas, Mosel und Vogesen reichend unter Oesterreich, ein Königreich Norddeutschland unter Preußen, jedes mit nur relativer Selbständigkeit der innerhalb seiner Grenzen fortbestehenden kleineren deutschen Staaten zu bilden. Er kam also auf die Mainlinie von 1795 und 1806 zurück. Wie er aber

diesen nur durch die Noth der Lage für jetzt gebotenen Theilungsplan ansah, sagt er in einem Briefe an Münster so: „Ich habe nur Ein Vaterland, das heißt Deutschland, und da ich nach alter Verfassung", als Reichsritter, „nur ihm und keinem besonderen Theile desselben angehörte, so bin ich auch nur ihm und nicht einem Theile desselben von ganzem Herzen ergeben. Mir sind die Dynastien in diesem Augenblicke großer Entwickelungen vollkommen gleichgültig. Mein Wunsch ist, daß Deutschland groß und stark werde, um seine Unabhängigkeit, Selbständigkeit und Nationalität wiederzuerlangen, und Beides in seiner Lage zwischen Frankreich und Rußland zu behaupten; das ist das Interesse der Nation und Europas. Es kann auf dem Wege alter, zerfallener und verfaulter Formen", wie sie bis 1806 bestanden, „nicht erhalten werden.... Mein Glaubensbekenntniß ist Einheit, ist sie nicht möglich, ein Auskunftsmittel, ein Uebergang. Setzen Sie an die Stelle Preußens was Sie wollen, ... machen Oesterreich zum Herrn

Deutschlands. Ich wünsche es. Es ist gut, wenn es ausführbar ist."

Nicht lange nachdem dieser Brief geschrieben war, wurde Oesterreich in der That, in einer im December 1812 geführten geheimen russisch-österreichischen Verhandlung, die deutsche Kaiserwürde, wenn es sich mit Rußland gegen Napoleon verbände, nochmals angeboten. Sie wurde aber, sammt dem Bündnisse, von Oesterreich abgelehnt.

Sobald sich zu entscheiden begann, daß die französische Armee untergehe, wurde Kaiser Alexander einerseits von weitausgreifenden Restaurationsanträgen der Polen, andererseits von den Bemühungen der verstärkt auftretenden russischen Friedenspartei belagert, welche dahin arbeitete, der Kaiser möge an den Grenzen des Reiches den Krieg schließen. Die ungeheuren Opfer des Landes sprachen für baldige Beendigung. Kutusow und das Heer waren gleichfalls müde, und nicht geneigt, die gewonnenen Lorbeeren neu zu wagen.

Je ausgebreiteter diese Frieden begehrende Stimmung und je weniger Alexanders Umgebung gewohnt war, ihn auf die Länge ihr Widerstand leisten zu sehen, um so nöthiger war Stein. Im November schrieb er für den Kaiser jene Denkschrift über Fortsetzung des Krieges, von der man nicht sagen kann, ist sie kräftiger oder klüger. Er beschwor Alexander, die Hülfsmittel Deutschlands nicht in französischer Hand, die deutschen Regierungen nicht sich selbst zu überlassen, sondern die Unabhängigkeit Deutschlands garantirend dessen Kräfte mit sich fortzureißen zum gemeinsamen Kampfe gegen Napoleon und sein Reich. Es half. Zu allem Dem, was dann bis zum ersten Pariser Frieden geschehen ist, wurden damals Grundzüge beschlossen. Man wußte kaum, wie viel es sei. Nie wäre es ohne Stein geschehen.

Am 6. December 1812 hatte Napoleon sein zusammenschmelzendes Heer im Stiche gelassen, und sich persönlich salvirt; acht Tage später hatte es, soweit es noch bestand, die russischen Grenzen wieder überschritten; noch im December rückten

Russen in Ostpreußen ein; am 30. schloß York die Convention von Tauroggen. Drei Wochen nachher ging der König von Berlin nach Breslau, Scharnhorst übernahm wieder das Kriegsministerium, Blücher kam von seinem Gute; am 3. Februar folgte der Landwehraufruf, am 27. — wieder von Stein dem Könige durch eine Art persönlicher Ueberraschung abgewonnen — das Bündniß mit Rußland, am 16. März Preußens Kriegserklärung gegen Frankreich, am 25. der Kalischer Aufruf. Gegen Preußens Beitritt zum Kriege versprach in dem Kalischer Bündnisse Alexander, daß Preußen in der Macht wie vor 1806 wiederhergestellt, und für polnische Abtretungen, die es zusagte, aus norddeutschen Eroberungen entschädigt werden solle. Ob Stein die Schuld trägt, daß die Stipulation zu Gunsten Preußens nicht sehr präcis war, ist noch nicht erwiesen: allerdings kam es ihm mehr auf die Sache, die keine Zögerung erleiden konnte, als auf Preußen an; aber da man noch nicht wußte, wie groß das endliche Object der Eroberung sei, so konnte man

auch nicht präcise stipuliren. In der Kalischer Proclamation, die von Alexander und Friedrich Wilhelm gemeinsam ausging, war Deutschland „die Wiedergeburt eines ehrwürdigen Reiches", nicht des alten, verheißen; vielmehr war hinzugefügt, daß durch Deutschlands Fürsten und Völker, und durch sie allein, die deutsche Reichsverfassung erst neu „gestaltet" werden solle, wobei ihr eine „lebenskräftige, verjüngte Einheit" in Aussicht gestellt war.

Als hierauf der Krieg im Frühjahr 1813 wieder anfing, traten zu den beiden Verbündeten zuerst Mecklenburg, dann Anhalt herüber: die anderen Rheinbundfürsten machten Napoleon möglich, am 1. Mai mit 145000 Mann an der Saale zu stehen. Den Maischlachten von Lützen und Bautzen folgte der Rückzug nach Schlesien; dann der lange Waffenstillstand bis zum 12. August.

Am Anfang dieser Waffenruhe trat England und damit Hannover, für welches Vergrößerung ausgemacht wurde, mit ihrem Schlusse trat auch Oesterreich den Verbündeten bei, nachdem seine

Bemühungen zu vermitteln, bei denen es Napoleon noch den ganzen Rheinbund, alles linkselbische Deutschland darin, zu belassen angeboten hatte, erfolglos geblieben waren. Indem es jetzt sich an dem Bündnisse betheiligte, stipulirte es Herstellung der österreichischen und der preußischen Monarchie, wie vor 1805, und, was damit gegeben war, nunmehr Auflösung des Rheinbundes; zugleich aber „völlige und gänzliche Unabhängigkeit" der zwischen dem so hergestellten Oesterreich und Preußen „und dem Rhein" liegenden deutschen Staaten. Soweit sie nicht zu Entschädigungen dienten, sollten sie schwach, ohne gemeinsames Band, und in der Freiheit belassen bleiben, sich politisch zu wenden, wohin sie wollten. Dazu sollte Frankreich anscheinend die Rheingrenze behalten. — Das war ein anderes Deutschland, als das Deutschland Steins. Zwar es konnte sich später noch einigen: allein Stein hätte gewollt, die vier jetzt verbündeten Mächte möchten sich über eine Kraft und Dauer verheißende deutsche Gesammtverfassung jetzt schon, wo noch Alles

in ihrer Hand war, vorläufig verstehen, und dieselbe von später Beitretenden anerkennen lassen; da nachher von dem guten Willen der Regierungen nicht viel zu hoffen sei. Er hatte die bis dahin festgehaltene Idee der zwei großen Königreiche, nach der Art wie England und Oesterreich gegen Preußen dazu standen, zwar fallen lassen. Aber zu Gunsten eines Einen deutschen Reiches und eines von Oesterreich zu stellenden Kaisers seine Souverainetät, wenn auch wesentlich nur in militärischen Dingen aufzugeben, fand er England-Hannover geneigt: „kann es einen vernünftigen deutschen Fürsten geben", schrieb Münster, „der nicht die limitirten Hoheitsrechte der deutschen Conföderation", unter welchem Worte auch er das alte Reich versteht, „dem nichtigen Titel einer unter bonapartischer Tyrannei stehenden sogenannten Souverainetät vorziehe?" Stein versuchte also, ob nicht unter den vier Mächten eine in solcher Art den Einrichtungen des ehemaligen Reiches ähnliche Gestalt deutscher Einheit zur Annahme gebracht werden könne. Er schlug Her=

stellung der Kaiserwürde, des Reichstages, der Reichsgerichte in verbesserter Form, im Vergleich zur alten Reichsverfassung „Verminderung der Macht der Stände, Verstärkung der Macht des Kaisers", allerdings aber auch der Macht Preußens vor, das nicht wie die übrigen Stände zu behandeln sei, vielmehr eine besondere Stellung erhalten müsse. Allein weder wollten hierauf die preußischen Staatsmänner eingehen, noch wollte es Oesterreich. Oesterreich lehnte die Verantwortlichkeit des deutschen Kaiserthumes ab, und hoffte, wenn ihm nur Preußen niederzuhalten gelinge, die deutschen Kräfte ohnehin zu beherrschen: „indem Oesterreich den unbedeutenden Kaisertitel nicht annahm", erklärte Metternich einige Monate später, „besitzt es Deutschland viel mehr, als vorher." Schon bei der Ablehnung selbst bemerkte Münster: „man glaubt im Wiener Cabinet, die deutschen Fürsten zu gewinnen, indem man ihre von Bonaparte ihnen gegebenen Provinzen und besonders ihre Souverainetät ihnen zu lassen verspricht; man bedenkt nicht die Ge-

fahr." Gerade so handelte dann Oesterreich wirklich. Es nahm durch den Vertrag von Ried (8. October) Bayern, das unter dem Minister Montgelas, dem schlimmsten von Napoleons deutschen Knechten, im Laufe der Rheinbundzeit am wirksamsten den Franzosen geholfen, am unbedenklichsten mit den Rechten seiner Unterthanen geschaltet hatte, unter Garantie alles auf solche Art Gewonnenen, unter dem Versprechen völliger für gewisse Gebiete, die es an Oesterreich abtreten sollte, aus anderen deutschen Ländern und in bequemer Lage zu gewährender Entschädigung, unter Gewährleistung ausgedehntester Souverainetät in das Bündniß gegen Napoleon auf, ohne daß es dabei weder der Unterthanenrechte, noch der Eventualität einer deutschen Gesammtverfassung auch nur mit einem Worte gedacht hätte. Ebenso später Württemberg. Beides ließen die Alliirten geschehen, weil sie Oesterreich nicht meinten entbehren zu können, und es nicht verstimmen wollten: aber sie beschlossen, daß in solcher unbedingten Art keine weitere Aufnahme zu gestatten sei.

Die kriegerische Action hatte im September wieder begonnen, die Schlachten von Dresden, Großbeeren, der Katzbach, Kulm, der Göhrde, Nollendorf, Leipzig bezeichnen ihren Gang.

Napoleons Rückzug vom 18. October war zur Flucht geworden, Stein aber war vom großen Hauptquartiere zunächst getrennt, und bei der Centralverwaltung in dem eroberten Sachsen zurückgehalten. Erst am 13. November traf er zu Frankfurt beim Kaiser Alexander wieder ein; und es war hohe Zeit, daß er ankam. Sein Gedanke von Anfang des Krieges war Ein einiges Deutschland, stark in seinen nationalen Grenzen: im Laufe des Krieges war ihm gewiß geworden, daß dies Ziel ohne Napoleons Entthronung nicht zu erreichen sei. Oesterreich, zunächst Metternich, wollte umgekehrt den Thron Napoleon erhalten. Wir haben gesehen, daß, als es dem Bündnisse wider ihn zögernd beitrat, es doch die Rheingrenze für Frankreich conserviren wollte; in ähnlichem Sinne knüpfte es während der Leipziger Schlachttage Unterhandlungen an; daß Stein

in Leipzig zurückgelassen, daß die Verfolgung des französischen Heeres nach der Schlacht überaus schonend betrieben wurde, ward damals für österreichische Politik gehalten. Am 8. und 9. November zu Frankfurt erklärte Metternich dem französischen Geschäftsträger St. Aignan, den man gefangen hatte, Niemand von den Verbündeten denke daran, den Schwiegersohn Oesterreichs zu entthronen; man sei einverstanden, daß Frankreich die Rheingrenze behalte; auch würde es zwar Spanien und Italien aus der Hand geben und in Italien Oesterreich vergrößern müssen, über die kleineren deutschen Staaten aber sein natürliches Uebergewicht behalten können, wenn es nur seinem rheinbündnerischen Protectorate entsage. Er sprach damit die Meinung auch anderer einflußreicher Diplomaten des Hauptquartieres aus; und mit dem Anheimgeben Metternichs, auf solchen Grundlagen Friedensunterhandlungen zu veranlassen, war St. Aignan eben abgereist, als Stein ankam.

Steins erster Erfolg war, daß schon nach zwei Tagen beschlossen wurde, keinen Rheinbund-

fürsten mehr in das Bündniß gegen Napoleon anders als mit der Bedingung aufzunehmen, daß er hinsichtlich seiner Souverainetät die Opfer zu bringen verspreche, welche demnächst für die deutsche Gesammtverfassung nöthig sein würden, und daß dies auch nicht mehr geschah; der zweite Erfolg war, daß man eine Mehrzahl deutscher Regierungen, von deren damaligem Gebahren nicht anders als mit Ekel gesprochen werden kann, anhielt, die übrigen Bedingungen, unter denen sie aufgenommen waren oder wurden, wenigstens einigermaßen zu erfüllen; sein dritter Erfolg war der wichtigste. Denn glücklicher Weise verschleppte Napoleon die dargebotene Friedensunterhandlung, und Kaiser Alexander wurde durch Stein zu dem entschiedenen und zuletzt gegen Oesterreichs Widerstreben auch durchgesetzten Verlangen bestimmt, der Krieg dürfe nicht mit einem schlechten Frieden beendet, sondern müsse bis zu Napoleons Entthronung fortgeführt werden. Ohne Stein wäre jener Friede damals geschlossen. — Wie hoch er um jene Zeit im Volke angesehen war, zeigt der kleine Zug,

daß Officiere des verbündeten Heeres sich bei einem Professor des Staatsrechtes erkundigten, ob rechtlich Etwas entgegenstehe, demnächst Stein zum deutschen Kaiser zu wählen.

Nachdem Alexanders Verlangen gesiegt hatte, gingen Blücher und weiter abwärts Winzingerode am 1. Januar 1814 über den Rhein. Das Schwarzenberg'sche Heer zog den Umweg durch die Schweiz vor. Gegen Ende Januars war das große Hauptquartier zu Langres.

Hier geriethen dessen innere Gegensätze von Neuem aneinander: nicht bloß Metternich und die Seinen, Nesselrode und die russische Friedenspartei, die englischen Diplomaten, ausgenommen Münster, wollten, daß man jetzt dennoch stehen bleibe, um den Frieden zu unterhandeln; auch Hardenberg wollte es, der preußische General von Knesebeck erklärte, Langres sei der Rubicon, man dürfe ihn aber nicht überschreiten; selbst der König war jetzt dem Frieden geneigt. Nur Blücher, Grolmann, Gneisenau, Münster, vor Allen Stein waren anderer Ansicht; hier war der Augenblick,

von dem am eigentlichsten das Wort Treitschke's über Stein gilt: er führte das zagende Europa wider den romanischen Welteroberer in die Schranken. Kaiser Alexander trat, was ihm nicht genug gedankt werden kann, Stein bei; concedirte zwar, daß zu Chatillon über den Frieden verhandelt werde, aber nicht mehr auf der Basis der Rheingrenze, sondern nur der Grenzen von 1792, und nur so, daß der Fortmarsch auf Paris nicht aufzuhalten sei. — Auch über die deutsche Verfassung wurde jetzt Bestimmung getroffen: man gab Oesterreich nach, Deutschland solle aus unabhängigen Staaten bestehen; andererseits mußte Oesterreich einräumen, daß diese Staaten „durch einen Bund vereinigt sein" sollten, der „Deutschlands Unabhängigkeit sichere." Es kam also auf die Gestaltung dieses Bundes an. Da man auch das spätere Reich nur noch als Conföderation betrachtet hatte, so schloß der Begriff „Bund" die Reichsgestalt nicht aus. — Alle diese Verabredungen wurden durch den Vertrag von Chaumont am 1. März erneuert.

Uebergehen wir die Geschichte des Kriegs. Daß Oesterreichs verzögerliche Maßregeln es wieder und wieder doch nicht erreichten, den Kaiser Alexander zum Friedenmachen zu bringen, ist vorzugsweise Steins Werk; und es ist buchstäblich wahr, wenn gesagt ist, daß neben Blüchers Schwert es Alexanders Wille war, der nach Paris führte. Am letzten März zogen Kaiser Alexander und König Friedrich Wilhelm mit der Blücher'schen Armee dort ein. „Der Mensch ist zu Boden" schrieb Stein nach Hause.

Die Restauration der Bourbons in den Grenzen von 1792 wurde verkündet, am 11. April unterzeichnete Napoleon seine Entsagung, am 30. Mai wurde Friede geschlossen. Dieser erste Pariser Frieden fiel weit günstiger, als man hätte erwarten sollen, für Frankreich aus; denn zu Paris gewannen auch bei Alexander die Einflüsse der Friedenspartei Oberhand. Obwohl Ludwig der Achtzehnte die — man kann nicht anders sagen — Unverschämtheit besaß, die Rheingrenze zu fordern, wurden die Grenzen von 1792

nicht bloß doch gewährt, sondern für Frankreich verbessert; die nach Paris zusammengeschleppten Beuteschätze der öffentlichen Sammlungen wurden dort mit geringen Ausnahmen belassen, u. s. w. f. Ueber die deutsche Verfassung wiederholte der Frieden den Satz von Langres und Chaumont.

So war es dem Wiener Congresse vorbehalten, den „Bund" der selbständigen deutschen Staaten zu formiren. Es konnten aber viele Schwierigkeiten vermieden werden, wenn bevor die Congreßberathung anfing wenigstens jetzt noch die Großmächte — vor allen Oesterreich und Preußen, dann England-Hannover, und als Vermittler, wenn es nöthig war, Rußland – sich über die Grundzüge der Deutschen Verfassung verständigten, und den kleineren deutschen Staaten demnächst auflegten, was ihnen an Opfern im Interesse der Wehrhaftigkeit und selbständigen Stärke Ganzdeutschlands abzuverlangen nöthig

war. Denn daß sie, wenn erst mit ihnen verhandelt werden mußte, dergleichen gutwillig bringen würden, stand nach den gemachten Erfahrungen bei mehreren von ihnen nicht zu vermuthen. Wie Stein schon während des vorjährigen Waffenstillstandes das gepredigt hatte, so ward er nicht müde, von Neuem zu thun. Gleich nach dem Vertrage von Chaumont hatte er einen ersten Entwurf der künftigen Bundesverfassung gearbeitet, und (10. März 1814) an Hardenberg und Münster mitgetheilt. Da Preußen und Oesterreich das Kaiserthum abgelehnt hatten, so proponirte er jetzt statt der einheitlichen Spitze ein von Oesterreich, Preußen, Bayern und Hannover gebildetes Directorium: Sachsen sollte nicht selbständig fortbestehen, Württemberg schloß er als zu den kleineren Staaten gehörig von der Theilnahme aus. Diesem Directorium sollte die Militairgewalt und die Vertretung Deutschlands nach Außen zustehen; der Bund für Militairwesen und Aeußeres ein selbständiges Einkommen aus Zöllen, denn Deutschland sollte Ein Zollgebiet sein, und eventuell aus

Bundessteuern erhalten. Neben dem Directorium sollte mit dem Rechte, bei der Gesetzgebung und bei der Steuerbewilligung für Bundeszwecke mitzuwirken, ein wie ein Landtag jährlich zu berufender „Bundestag" bestehen, zusammengesetzt aus Abgeordneten der zum Bunde gehörigen Landesherrschaften und aus Delegirten ihrer Landstände. Also Vertretung auch des deutschen Volkes bei der Centralregierung.

In Paris (Mai erinnerte Stein an die Sache, und nun ließ Hardenberg, auf Grund der Steinschen Vorschläge einen Plan formuliren, legte ihn, als man im Sommer nach Deutschland zurückgekommen war, Stein vor, arbeitete ihn nach dessen Bemerkungen mit Zuziehung des Grafen Solms-Laubach, ersten preußischen Oberpräsidenten der Rheinprovinz, nochmals um, und schien sich mit Metternich alsbald darüber verständigen zu wollen; hatte aber keine Eile damit. Denn erst im September, als zu Wien bereits die förmlichen Einleitungen des Congresses im Gange waren, kam er dazu, den Entwurf zu

jenem Zwecke mitzutheilen. Sein Inhalt wird sogleich zu berühren sein.

Auch Stein war nach Wien gekommen, wiederum bloß als persönlicher Rath Kaiser Alexanders in deutschen Angelegenheiten. Er begann seine Thätigkeit damit, durchzusetzen, daß die deutsche Verfassungssache von den übrigen Congreßgeschäften getrennt, und allein den deutschen Betheiligten überlassen ward. Die Congreßmächte waren andere, als die Alliirten von 1813.

Der Metternich mitgetheilte Verfassungsentwurf wurde von diesem und Hardenberg, zuletzt von ihnen und Münster, mehrfach erörtert, und dabei beschlossen — wie, ist unbekannt — nicht ihn, sondern nur einen Auszug aus ihm in zwölf Artikeln, Berathungen zu Grunde zu legen, die man seit Mitte Octobers im sogenannten „Deutschen Comité", das heißt einer Conferenz begann, zu welcher Oesterreich, Preußen und Hannover mit Bayern und Württemberg zusammentraten. Den übrigen deutschen Bundesstaaten meinten jene drei die der deutschen Einheit zu bringenden

Opfer dictiren zu dürfen; denn sie waren in das Bündniß gegen Napoleon nur unter der Bedingung aufgenommen worden, diese Opfer, soweit nöthig, zu bringen. Bayern und Württemberg aber waren durch Oesterreich mit unbedingter Garantie ihrer Souverainetät aufgenommen, und so begann man zunächst mit ihnen zu verhandeln. — Nach den Zwölf Artikeln waren die Opfer geringer, als nach dem Entwurfe Stein-Hardenberg-Solms. Der Entwurf war davon ausgegangen, daß, solle die Bundesgewalt in der That eine Gewalt sein, Oesterreich und Preußen, als selbständige europäische Mächte, Bedenken tragen würden, sich ihr zu unterwerfen. Beide sollten deshalb nur mit einem Theile ihres Gebietes in den Bund treten, und übrigens mit ihm nur in Allianz sein. Das im Plane von Chaumont in Aussicht genommene Directorium sodann war durch Aufnahme von Württemberg erweitert, und jedem Mitgliede außerdem in einem sogenannten Kreise des Bundesgebietes eine Art Beamtengewalt über die kleineren Staaten des Bezirks

ugewiesen worden. Die Volksvertretung am Bunde war in dem Entwurfe gestrichen: aber geblieben war aus Steins chaumonter Plane, daß „jeder jetzt im Besitz der Landeshoheit“ — der Entwurf sagt nicht Souverainetät — „sich befindende Staat in seinen Grenzen“ nur „dieenigen landesherrlichen Rechte ausübt, welche die Bundesacte nicht zum gemeinschaftlichen Besten ausnimmt und beschränkt“, und daß zu den ausgenommenen, ausschließlich der Centralgewalt vorbehaltenen Rechten das Recht der „Verträge mit Auswärtigen“, das Gesandtschaftsrecht, das „Recht des Krieges und Friedens“ und das der „Militairgewalt“ gehören; ferner daß in gemeinsam interessirenden Angelegenheiten, zu denen Stein Handel, Münze, Zollwesen, Post gerechnet wissen wollte, die Unterthanen der Einzelstaaten durch die Bundesgesetzgebung unmittelbar verpflichtet werden, und daß die Bundesgesetzgebung darin durch Landesgesetze nicht beschränkt werden kann. Ein höchstes Bundesgericht sollte die Stelle etwa der alten Reichsgerichte einnehmen, u. s. w. f.

Kurz die Machtvertheilung zwischen Centralstaatsgewalt und Einzelstaatsgewalten wäre ähnlich gewesen, wie sie später im Norddeutschen Bunde beliebt worden ist. In den Zwölf Artikeln blieb von allem Dem, daß die durch jene fünf Regierungen gebildete Centralbehörde die „Leitung der ausübenden Gewalt des Bundes", seine Vertretung gegenüber auswärtigen Mächten, die „Entscheidung über Krieg und Frieden" ausschließlich besitzen, eine „gesetzgebende Gewalt" in gemeinschaftlichen Angelegenheiten mit einem „Fürsten- und Ständerathe", womit aber keine Volksvertretung gemeint ist, zusammen üben sollte, daß die Einzelstaaten nur insoweit souverain sein sollten, als sie nicht durch die Bundesacte darin beschränkt werden. Also immer noch Einiges. Aber alle andere Ausstattung der centralen Bundesgewalt fiel weg; diese wurde von vorn herein dadurch benachtheiligt, daß Oesterreich und Preußen mit ihren gesammten alten Reichslanden in den Bund treten, sich aber innerhalb desselben größere Freiheit der Bewegung vorbehalten sollten, als andere

Bundesglieder. Im Directorium, wie im Fürsten- und Ständerathe überließ dabei Preußen den Vorsitz an Oesterreich. Nur in unklaren Umrissen war noch von dem Bundesgerichte, von dem Versprechen landständischer Einrichtungen, von Garantie gewisser Unterthanenrechte die Rede. Schon der Entwurf Stein-Hardenberg-Solms war eine Abschwächung des Stein'schen Planes von Chaumont gewesen, in den Zwölf Artikeln war der Entwurf wiederum und zwar bedeutend abgeschwächt.

Und waren oder schienen Oesterreich, Preußen und Hannover wenigstens soweit die Zwölf Artikel gingen einig, so lehnten nun Bayern und Württemberg Alles von Deutscher Einheit ab, wodurch das Maß eines Bündnisses für den Kriegsfall überschritten wurde. Sie wollten weder nach Außen, noch nach Innen, eine Beschränkung ihrer Souverainetät. Daß Unterthanen gegenüber ihrer Regierung sich an den Bundestag sollten wenden können, verwarf z. B. Württemberg mit der Erklärung, „es könne nicht die

Absicht sein, aus verschiedenen Völkerschaften, z. B. Preußen und Bayern, so zu sagen eine Nation schaffen zu wollen"; und Bayern, wo Montgelas und Wrede durch Prinz Eugen Beauharnois bereits wieder mit Talleyrand conspirirten, erklärte es für „heilige Pflicht" des Königs, auf das Recht auswärtiger Bündnisse und Verträge nicht zu verzichten, weil an diesem Rechte der bayrische „Nationalstolz Gefallen trage." So ging das fort; Oesterreich nicht zuwider. Denn Metternich wollte kein starkes, sich auch einmal selbständig bewegendes Deutschland, sondern ein starkes Oesterreich, dem die deutschen Bundeseinrichtungen, wie ehedem die des Reiches, dienen könnten, deutsche Hülfe heranzuziehen, wo man sie brauche, und gegnerische Kräfte vorkommenden Falles zu fesseln. Wie wenig es Oesterreich mit dem Einen deutschen Bunde, der ja von Anfang an nicht sein Gedanke gewesen war, ernst meinte, ergiebt sich unter Anderem daraus, daß gerade während im Deutschen Comité verhandelt wurde Metternichs Vertrauter Genz dem Kronprinzen von Württem-

berg eine Denkschrift zeigte: Oesterreich müsse, da Norddeutschland immer dem russischen Interesse offen sein werde, zur Erhaltung des Gleichgewichtes wider Rußland und Preußen sich mit dem südlichen Deutschland und mit Frankreich verbünden. Stein wandte allerhand Mittel an, um Württemberg und Bayern zu nachgiebigerer Gesinnung zu bringen; es half aber gar Nichts, und die Deutschen Comitéverhandlungen waren schon rettungslos verfahren, als am 16. November ein Protest fast aller kleineren deutschen Staaten gegen sie einlief. Unter Gagerns Führung erklärten diese, zwar zu allen Opfern bereit zu sein, aber Betheiligung an deren Feststellung zu verlangen; und forderten, statt des Directoriums, wieder den Deutschen Kaiser. Die Verhandlungen im Deutschen Comité waren damit zu Ende.

Steins Plan von Chaumont und was sich daran weiter angeschlossen hatte, war im Sande verlaufen; und zunächst geschah Monate lang in der Sache Nichts.

Andere Fragen regten um diese Zeit den Congreß bereits tief auf. Kaiser Alexander hatte sich, wie früher berührt worden ist, um für die großen Opfer des Krieges seinem Volke Erwerbungen zu zeigen, und um den Restaurationswünschen der Polen durch Errichtung eines mit Rußland selbständig verbundenen constitutionellen polnischen Königreiches entgegenzukommen, von Preußen versprechen lassen, daß es ihm den größten Theil seiner polnischen Erwerbungen von 1792 und 1795, nach denen z. B. Warschau preußisch war, gegen angemessene Entschädigung aus eroberten Rheinbundterritorien, abtrete. Zu dieser Entschädigung sollte nach preußisch-russischer Annahme das eroberte Sachsen gehören. Als aber in Wien die Sache zur Ausführung kam, war Oesterreich, neben seiner Mißgunst gegen Preußen, über ein so großes Maß des Vorrückens russischer Macht, namentlich da Alexander den Polen eine Verfassung geben wollte, wegen seiner eigenen polnischen Unterthanen erschreckt, und mit England und Frankreich in dem Wunsche

einig, Rußland so viel nicht erwerben zu lassen. Den preußischen Erwerb Sachsens machte es davon abhängig, daß Preußen das Land von der Mosel und Lahnlinie rheinaufwärts und dazu Mainz an Oesterreich überlasse, damit dieses gegen Abtretung des Gebiets an Bayern auch seinerseits ihm wohlgelegene Erwerbungen machen könne. Mit solchen Ideen hing die erwähnte Genz'sche Denkschrift zusammen. Mainz in bayrischer Hand hielt aber Preußen, zu jener Zeit mit Recht, für eine Gefahr für die Sicherheit Deutschlands. Alle durch diese Fragen berührten Interessen waren um Mitte Novembers 1814 bereits n heftiger Bewegung, die sich im December steigerte. Er wünsche mit Preußen in gutem Vernehmen zu stehen, sagte schon Anfang Decembers Kaiser Franz, aber es werde ihm gefährlich; und Metternich erschien dem Kaiser Alexander jetzt als ein so treuloser Mann, daß er von ihm öffentlich mit Verachtung behandelt ward. Zu Ende des Jahres kam es zwar zu Conferenzen; Oesterreich aber zog gleichzeitig Truppen in Böhmen

zusammen, zu denen Bayern stoßen, und die dann von Wrede geführt werden sollten, ein französisches Heer sollte gegen den Rhein gehen, England Geld geben. Am 3. Januar 1815 unterzeichneten Metternich, Castlereagh und Talleyrand das ganz geheime Kriegsbündniß, durch welches der biedere Kaiser Franz sich gegen zwei unter seinem Dache lebende Gäste seines Hauses mit Frankreich verbündete.

Wie das drohende Gewitter sich doch noch verzog, wie Preußen mit dem halben Sachsen zufrieden war, Alexander — auch preußischen Wünschen hierin entsprechend — die polnische Grenze in Etwas zurücklegte, sodaß um die Mitte des Februar der Friede gesichert erscheinen konnte, ist hier nicht zu erzählen. Mainz kam nicht an Bayern.

Nun konnte man auf die deutsche Verfassung zurückkommen.

Die neunundzwanzig kleineren deutschen Staaten, welche am 16. November gegen die Ausschließlichkeit des Deutschen Comité Protest ein=

legten, hatten gleichzeitig den Grafen Münster um Mitwirkung zur Wiedererrichtung eines deutschen Kaiserthumes gebeten, und auf seinen Anlaß am 20. December förmlichen Antrag deswegen eingebracht. Ihre Eingabe war aber damals ebenso unberücksichtigt geblieben, wie der in jener Periode von dem österreichischen Minister Wessenberg gearbeitete „Entwurf einer Grundlage der deutschen Bundesverfassung", der in den preußischen Acten lag, und nur die Vorbereitung eines preußischen Gegenentwurfes veranlaßte. Daß man wenigstens leitende Grundsätze für die deutsche Verfassung festzusetzen beginne, hatte dann (Mitte Januars 1815), gleichfalls noch vergebens, auch Stein zu veranlassen versucht. Zu Anfang des Februar endlich richteten zweiunddreißig kleinere deutsche Staaten an Preußen und Oesterreich die wiederholte Aufforderung, den deutschen Congreß zu eröffnen; Preußen eignete sie sich an, Metternich erklärte sich zustimmig, erhielt den preußischen Gegenentwurf jetzt mitgetheilt, und legte ihn zu den Acten; denn die dabei abgegebene preußi-

sche Erklärung, man könne die Bundesverfassung zwar so oder so gestalten, drei Punkte aber ohne größesten Schaden nicht aufgeben, nämlich eine kräftige einheitliche Kriegsgewalt, ein Bundesgericht und landständische, durch den Bund gesicherte Verfassungen, — diese Erklärung war ihm nicht nach Sinn.

Da griff noch einmal Stein ein. Er hatte sich überzeugt, daß ein Directorium, wie es zwar auf seine eigene Anregung, aber anders als er es gewollt hatte, im Plane war, sich nicht werde durchführen lassen; theils weil es auf entschiedenen Widerspruch der kleineren Höfe stieß, denn wenn Württemberg unter den Leitenden sein konnte, warum dann nicht auch Baden, Hessen u. s w.; theils weil es auf dem Grunde gegenseitiger Eifersucht erwachsen diese verewigen und Deutschland schwach machen werde. Jeder der fünf Directorialhöfe, sagt darüber Stein, „sieht mit Unruhe dem anderen einen vorwiegenden Einfluß eingeräumt, und zieht einen Zustand der Schwäche, des Schwankens, einem festen, starken Zustande, aber

der seinen Einfluß verringern würde, vor". Eine solche Construction der Centralbehörde, „bei welcher fünf dirigirende und divergirende Höfe sich in den Einfluß theilen" würden, sei also aufzugeben. Dagegen die einheitliche Spitze des Bundesorganismus lehnten alle kleineren Staaten nicht ab, wünschten vielmehr eifrig was sie Deutsches Kaiserthum nannten: sie meinten damit nicht das alte deutsche Königthum, wie es zuletzt gewesen war, sondern eine ihm nachgebildete Bundesoberhaupts-Stellung, welchen Ausdruck sie gelegentlich auch gebrauchen. Wie die Kleineren, so war Hannover dafür; Bayern war augenblicklich in der Lage, wenigstens ein österreichisches Kaiserthum, und ein solches wollten Hannover und die Kleinstaaten, nicht abzulehnen; Württemberg konnte ebensowohl zu Anerkennung dieses Kaiserthums gezwungen werden, wie zu etwas Anderem. Das Kaiserthum war also erreichbar, wenn Oesterreich selbst, und wenn Preußen zustimmten. Was Oesterreich betraf, so erkannte Stein, daß dessen Widerstand gegen ein

stark gegliedertes Deutschland wenn überhaupt, dann nicht anders als durch Errichtung einer österreichisch-deutschen Kaiserwürde zu überwinden sein werde: „Oesterreich", sagt er, „wird durch seine geographische Lage zur Seite Deutschlands geschoben; die Bundesfestungen decken nicht unmittelbar seine Grenzen, sein Handel hat die Richtung nach der Donau und dem Adriatischen Meere, die inneren Zwistigkeiten Deutschlands gehen es nur schwach an; es wird suchen, vorzugsweise mit Bayern gut zu stehen...., und seine Theilnahme an Deutschland wird stets dem, was ihm gerade paßt, untergeordnet sein. Wir sehen es in diesem Geiste handeln, im deutschen Comité Lässigkeit zeigen, willig, Mainz, Frankfurt und Hanau an Bayern abzutreten", u. s. f. Sobald es in der Einheit nicht sein Interesse sah, stand Oesterreich mit seinem ganzen Gewichte auf Seiten der Zersplitterung Deutschlands. Wollte man daher nicht Oesterreich aus dem deutschen Verfassungsgebäude überhaupt hinausschieben — und bis zu diesem Gagernschen Pro-

gramme von 1848 war damals der deutsche Geist noch nicht erstarkt, es dachte daran geradezu Niemand, — so mußte ein verfassungsmäßiges Band gebildet werden, durch welches jenes österreichische Interesse für Deutschland gewonnen ward; das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland mußte, wie Stein sagt, „auf Vortheil und Pflicht" begründet, Oesterreich in dem Kaiserthume ein großes Uebergewicht eingeräumt werden. Es lag ein Entweder-Oder vor: entweder ein österreichisches Kaiserthum in Deutschland, oder keine deutsche Einheit. Und da war für Stein die deutsche Einheit nicht jetzt erst das Wichtigere. Durch alle seine verschiedenen Verfassungspläne hindurch war der Gedanke gegangen, daß das Kaiserthum die beste Gestalt der deutschen Einheit sei: nur weil sich diese correcteste Gestalt nicht durchführen lasse, müsse nach einer anderen gesucht werden. Jetzt hatten sich auch die anderen nach Lage der Sache undurchführbar gezeigt; auf die correcteste mußte zurückgegriffen werden. Die österreichischen keines Vertrauens würdigen Staats-

leiter konnten mit der Zeit besseren Platz machen. Stein war bereit, Oesterreich zu erhöhen. Er ging bei seinem Kaiserplane augenscheinlich von seinem Entwurfe von Chaumont, nach welchem die Bundesregierung in der Hand Oesterreichs, Preußens, Bayerns und Hannovers hatte liegen sollen, aus; griff aber zugleich zurück auf seine Gedanken von 1813. Preußen hatte den Vorsitz im Directorium bereits an Oesterreich eingeräumt, dieser Vorsitz wurde jetzt wieder zum Kaiserthum; aber bei allen wichtigsten Regierungshandlungen sollte der Kaiser, wie der alte ehedem an die Kurfürsten, so an die Mitwirkung dreier deutscher Fürsten gebunden sein, von denen zwei durch die übrigen Fürsten gewählt wären, der dritte verfassungsmäßig der König von Preußen sein müsse. Wenn Preußen den vor Beginn der deutschen Comitéberathungen von Oesterreich selbst an die Hand gegebenen Gesichtspunkt ergriff, daß ihm als größerer Macht dem neuen Kaiser gegenüber thatsächlich dieselbe Freiheit der Bewegung bleiben werde, in deren Besitz es im alten Reiche

gewesen war, so schien sein Beitritt nicht unmöglich. — Stein brachte den Februar und März hindurch, unterstützt von Staatsmännern der kleineren Staaten, unter denen der mecklenburgische Gesandte von Plessen sich auszeichnete, diese Gedanken lebhaft zur Geltung. Kaiser Alexander war mit ihnen auch einverstanden. Aber weder Preußen, dessen Vertreter dabei blieben, einen mächtigen Kaiser könne man sich nicht gefallen lassen, ein unmächtiger helfe zu Nichts, noch Oesterreich nahmen sie an. In Oesterreich war nur Wessenberg dafür; Metternich, ohne ihnen zuwider zu sein, doch gesinnt, sie aus dem alleinigen Gesichtspunkte des Gegengewichts gegen Preußen zu betrachten: ein solches sei in Norddeutschland durch die Niederlande zur Genüge vorhanden, in Süddeutschland nicht nöthig: die für den deutschen Kaiser unausbleiblichen Complicationen mit Preußen und Bayern zu vermeiden, sei daher gerathener. Er schuldete außerdem einer inländisch-österreichischen Partei, die entschieden dagegen war, Rücksichten. Auch Kaiser Franz wollte die

neue deutsche Kaiserkrone lieber nicht. Man war noch in den Verhandlungen darüber, als am 7. März Wellington die Nachricht von Napoleons Rückkehr aus Elba erhielt. Nun mußten alle schwebenden Fragen eilig zu Ende gebracht werden, und als zunächst andere in den Vordergrund traten, erinnerte Plessen (23. März) im Namen der kleineren deutschen Staaten an die deutsche Verfassungsfrage, indem er zugleich bestimmte Erklärung, ob Oesterreich die Kaiserwürde annehme, erbat. Hierauf lehnte Metternich, mit Hinweis auf den Widerwillen Preußens und Bayerns, für jetzt ab.

Stein hatte seine Schlußansicht so ausgesprochen: „Die Aufstellung einer leitenden Einrichtung des Bundes, mag man ihr nun einen geschichtlichen Namen geben, der so viel Erinnerungen zurückruft, wie der des Kaisers, oder einen anderen, — einer mit Rechten ausgestatteten und mit bestimmter Verantwortlichkeit beladenen Einrichtung, ist so wesentlich, um einer Versammlung, wie der Bundestag, einen regelmäßigen,

fortschreitenden Gang zu ertheilen, daß ich die Abwesenheit einer solchen Einrichtung als einen Grund betrachte, wodurch der Bundestag von seiner Geburt an gelähmt sein wird." In den letzten Märztagen hatte er noch nicht aufgegeben, die Einrichtung werde zu erreichen sein.

Auch Plessen hatte auf die Ablehnung Metternichs geantwortet: es müsse doch aber wenigstens eine einheitliche, kräftige Leitung bestehen. Als er zu Anfang des April mit einem ausführlich und gründlich gearbeiteten Privatentwurfe zur deutschen Verfassung hervortrat, hielt er darin das Kaiserthum noch fest; faßte daneben aber auch schon die Eventualität, daß es nicht werde angenommen werden, ins Auge. Indem er die Sache des deutschen Bundesabschlusses eifrig betrieb, erhielt er von Nesselrode und von Humboldt bestimmte Zusicherungen deswegen; und als Stein sich am 24. April dafür verwendete, versprach auch Metternich, der Bund werde sicher noch in Wien zu Stande kommen.

Eben sollte er von Neuem daran gemahnt

werden, da erklärte er am 7. Mai 1815: jetzt sei er wirklich zu beginnen bereit.

An Dem, was nun folgte, nahm Stein keinen Theil mehr. Zwar war er noch in Wien, als aus einem nochmaligen preußischen Entwurfe und österreichischen Gegenentwurfe ein gemeinsamer österreichisch-preußischer Entwurf concertirt und der allgemeinen Conferenz der deutschen Staaten am 23. Mai von Metternich vorgelegt ward, um in wenigen Sitzungen zur Deutschen Bundesacte eilig umgearbeitet zu werden, allein er verließ die Stadt elf Tage vor Abschluß des Bundes; und als er nachher die Bundesacte sah, verhehlte er nicht, daß er sie für ein mißlungenes Werk halte. Von den drei preußischerseits früher für das Minimum des Nothwendigen erklärten Punkten war nicht einer festgehalten worden: geschweige denn was Stein verlangte. Was Oesterreich schon als es dem Bündnisse gegen Napoleon beitrat gewollt hatte, war im Wesentlichen erreicht: Selbständigkeit der deutschen Einzelstaaten ohne deutsche Einheit. Es hatte zwar

die Idee des Bundes seit Langres und Chaumont widerwillig zugegeben, aber es hatte dafür gesorgt, daß, wie Stein vorhersagte, der von seiner Geburt an gelähmte Bundestag entstand, nach dessen Einrichtung z. B. ein für die Wehrfähigkeit von Deutschland absolut nothwendiges Eisenbahnnetz vom Bunde nicht beschlossen werden konnte, wenn Liechtenstein dagegen war.

Stein urtheilte auch später nicht günstiger. Die Stelle eines preußischen Bundestagsgesandten lehnte er, wie der Bund geworden war, ab. Er nannte diesen (1823) eine Auflösung Deutschlands in feindlich einander gegenüberstehende Fragmente, die durch ein Spinngewebe verbunden seien, und schrieb an Gagern (1829), dadurch, daß alle Bundesglieder gleiche Rechte und gleiche Verbindlichkeiten haben, sei den Rechten eine Ausdehnung, den Pflichten eine Schlaffheit aufgeprägt, welche die verderblichsten Folgen hervorrufe.

Der Krieg hatte schon wieder angefangen, als Stein (28. Mai 1815) Wien verließ. Drei Wochen darauf wurde Napoleon bei Waterloo aufs Haupt geschlagen; nach anderen drei Wochen (10. Julius) hielten Freidrich Wilhelm, Alexander und Franz ihren Einzug in Paris; um Mitte Augusts war auch Stein dort, in seiner alten Stellung an den Friedensarbeiten theilzunehmen.

Hierbei war von der deutschen Verfassung nicht mehr die Rede; aber für eine bessere deutsche Westgrenze kämpfte er noch einmal einen guten, leider erfolglosen Kampf. Preußen und Anfangs auch Oesterreich forderten, nachdem man mit Frankreich solche neuen Erfahrungen gemacht hatte, eine stärkere Grenze, fast völlig die, welche wir jetzt fordern; Talleyrand antwortete mit fast wörtlich den Sophismen, mit denen jetzt Jules Favre geantwortet hat. Wellington, wenn man nach dem Sinne lies't, erklärte, Deutschland habe mit dieser Forderung Recht, aber es sei vortheilhafter, Frankreichs Un-

recht zu unterstützen; Kaiser Alexander war auf Talleyrands Veranstaltung von der Rolle eines durch die Vorsehung eigens vorherbestimmten Retters für Frankreich so berauscht, daß er Recht und Unrecht nicht unterscheiden konnte, und Steins Gründen unzugänglich blieb; Oesterreich, als es sah, Elsaß und Lothringen stehe höchstens für den Kronprinzen von Württemberg, wie Preußen wollte, nicht für den Erzherzog Carl zu gewinnen, zog sich zurück, und ließ Preußen allein, das sich dann fügen mußte. Nun haben wir heute gut zu machen, was damals gefehlt ward.

Als Stein von Paris wieder zuhaus kam, zog er sich vom öffentlichen Leben zurück. Er hatte darin fünfunddreißig Jahre lang treu mit allen seinen Kräften gewirkt, hatte jetzt acht Jahre aufreibender Arbeit, größter Unruhe, sorgenvollster Mühe hinter sich; ein Ziel dieser Mühen, der Sturz Napoleons, war erreicht. Stein war nahe an sechszig Jahre alt, und bedurfte der Erholung. Er gönnte sich Ruhe, das heißt ruhigere Arbeit; und hat noch funfzehn Jahre eines stil-

leren Alters genossen. Ihn beschäftigten die westphälischen Provincialstände, zu denen er gehörte, ebenso nassauische ständische Interessen, er lehnte auch einzelne Staatsgeschäfte nicht ab, zu denen er berufen wurde, und verfolgte mit eifriger Aufmerksamkeit den Gang der öffentlichen Dinge. Aber in Dienste trat er nicht mehr.

Seit 1818 gehörte der größte Theil seiner Zeit und seiner Thätigkeit der deutschen Geschichte. Er stiftete die Gesellschaft für deutsche Geschichtskunde, suchte und gewann geeignete Kräfte für Herausgabe der älteren Geschichtsquellen Deutschlands, stellte dafür den Plan fest, und sorgte, daß nicht mit seinem Tode das Unternehmen ende. Was er damit gethan hat, wäre einer besonderen Betrachtung würdig; denn die philologisch-kritische Art, mit der von unseren Historikern heute die deutschen Geschichtsquellen behandelt werden, die redliche Forscherarbeit der neueren deutschen Historik, die Geschichtschreibung welche Nichts sagen will, als was sie wirklich

weiß, hat sich zum großen Theile an der Bände-reihe der Monumenta Germaniae historica und an den durch die Monumente angeregten Arbeiten entwickelt. Das näher darzulegen ist hier nicht der Ort Allein diese Bemühungen Steins haben noch eine tiefere Bedeutung. Denn durch Nichts wird ein Volk sich in Friedenszeiten mehr seiner Einheit bewußt, als daß es lernt, sich in seiner Geschichte zu betrachten, in ihrem Fortschritte sich als Eines zu erkennen; und so ist Stein, indem er die Aufmerksamkeit und die Arbeit der Nation auf ihre Geschichte zu richten bestrebt war, für die Stärkung des Gefühles nationaler Zusammengehörigkeit unter den Deutschen, das ist für Deutsche Einheit thätig gewesen. Wie völlig diese wissenschaftlich-nationale Thätigkeit des deutschen Mannes mit seiner staatsmännisch-nationalen Thätigkeit aus einem Stücke ist, bedarf keiner Auseinandersetzung.

Der ganze Mann war aus Einem Stücke. Das lebhafte Gefühl für deutsche Ehre verließ ihn auch auf dem Sterbelager nicht.

Als er, wiederholt vom Schlage getroffen, am 29. Junius 1831 zu Cappenberg am Tode lag, und bei völlig zurückgekehrter Geistesklarheit die letzten Lebensstunden verwendete, alle seine Leute Einen nach dem Andern vor sein Bett treten zu lassen, jedem Einzelnen Lebewohl sagte, ihn ein letztes Mal vermahnte, und als aufrichtiger Christ Verzeihung gebend und nehmend mit ihm abschloß, sonst nur mit dem Ewigen beschäftigt, rief er dem sich entfernenden jungen Förster noch nach: „Und bricht der" — damals erwartete — „Krieg aus, so schlagen Sie sich wie ein braver Preuße für König und Vaterland"! Bald darauf war er nicht mehr: eingegangen zu der Ruhe, nach welcher er sich in seinen letzten Jahren viel gesehnt hatte.

Noch als zweiundsiebenzigjähriger Mann (25. November 1829) hatte er an Gagern geschrieben: „Ich wünsche nicht für Preußen, sondern für Deutschland eine dichtere, festere innere Crystallisation und werde diese Meinung mit ins

Grab nehmen. Möge Anderen die Zersplitterung der Nationalität gefallen: mir nicht". Das ist Steins politisches Testament im Punkte der deutschen Einheit. Es zeigt, daß er eine festere Crystallisation um den Kernpunkt Preußen im Sinne hatte, eine deutsche Einheit unter Führung der Macht, „an deren Gedeihen" er „deutsche Veredelung und Cultur fest und unzertrennlich gekettet" hielt.

Es ist ihm nicht beschieden gewesen, sie in staatsmännischer Arbeit selbst aufzurichten; erst vierzig Jahre nach seinem Tode vollendet sie sich. Aber seine Wünsche und Bestrebungen für sie waren nicht verloren. Denn wenn wir die Reihe der Pläne zu Umformung des deutschen Bundes in einen deutschen Staat betrachten, die mit der Gründung des Bundes beginnend, von den politischen Schriftstellern, von den Staatsmännern namentlich der Jahre 1848 bis 1850, von deutschen Regierungen, von Oesterreich im Jahre 1863 u. s. f. vertreten gewesen sind, so

finden wir sie zwar in ihrer Einzelausbildung überaus verschieden, aber in den Grundgedanken kommen sie, soweit sie redlich gemeint waren, über Das, was schon Stein erwogen hatte, nicht wesentlich hinaus. Selbst der „Uebergang" zur deutschen Einheit durch ein zweigetheiltes Deutschland, den er für unvermeidlich gehalten hatte, ist unter verschiedenen Formen geplant, und seit 1866 ausgeführt worden. Und wenn Stein bei Gründung des Deutschen Bundes auf die Form des Einen Deutschen Kaiserreiches mit Einrichtungen, wie sie seit 1866 sich gestalten, immer wieder und immer entschiedener zurückkam, wenn er am Schlusse seines Lebens die deutsche Einheit mit preußischer Spitze als seinen Wunsch für Deutschland bezeichnete, wenn er — wir dürfen in seinem Sinne, obwohl nicht mit seinen Worten so sagen — ein preußisches Kaiserthum für Deutschland wollte, so begrüßen wir um so freudiger, was wir unter den glorreichen Kämpfen unserer Tage auch hier Glorreiches werden sehen, indem wir uns erinnern, daß ein deutscher

Staatsmann wie Stein und ein deutsches Herz wie das seine es für Deutschland ersehnt haben.

Möge der Bau, dessen wir uns freuen, sich mehr und mehr in seinem Sinne vollenden. Sein Denken und Wollen hat ihn gründen helfen: das vergessen wir ihm nicht.

Druck von J. B. Hirschfeld in Leipzig.

Mejer, Otto

Der Freiherr von Stein über Deutsche Einheit und Deutsches Kaiserthum ein Vortrag

Rostock 1871